

2011-03-30

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 02.03.2011

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:35 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist:**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Otto-Harald
Stabbert-Kühl, Sabine

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Weber, Ralf-Peter Dr.

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung des Stadtrates wurde durch den **Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner**, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, beantragte, den **Tagesordnungspunkt 8.1 Widerspruch des OB** zum Beschluss des Haupt- und Personalausschusses DR/BV/027/2011/II-10 vom 09.02.2011 **von der Tagesordnung** zu nehmen.

Erläuternd legte er dar, der zu Grunde liegende Widerspruch sei nicht an den Stadtrat, sondern an den Vorsitzenden des Hauptausschusses gerichtet, so dass selbiger die Entscheidung zu treffen habe. Diese habe er darüber hinaus auch deswegen zu treffen, weil es um seine Entscheidung geht und nach § 62 Abs. 3 der Gemeindeordnung der beschließende Ausschuss über den Widerspruch zu entscheiden habe, der die Ursprungsentscheidung getroffen hat. Deshalb hätte dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung genommen werden dürfen.

Der Widerspruch sei dem Gesetz folgend im Original an den Vorsitzenden des Stadtrates ergangen, der den Empfang dem Oberbürgermeister gegenüber bestätigt hat, erwiderte **Herr Koschig**. Es gebe hilfsweise ein Zweitexemplar an den Vorsitzenden des Hauptausschusses zur Kenntnis, weil der Hauptausschuss in der Sache befunden hat.

Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes, erklärte, richtig sei, dass der Widerspruch gegen einen Beschluss des Hauptausschusses ergangen ist. Der § 62 der Gemeindeordnung regelt, dass in dem Fall nicht der Ausschuss noch einmal entscheidet, wie es beim Stadtrat der Fall wäre. Der Widerspruch habe nicht nur eine suspendierende Wirkung, sondern auch einen Devolutiveffekt, d. h. die Entscheidung wird auf das höchste Gremium, den Stadtrat, verlagert. Insofern ist durch den Widerspruch die Zuständigkeit des Stadtrates begründet worden.

Herr Bönecke zitierte aus dem Kommentar zur Gemeindeordnung von Wiegand/Grimberg zum § 62 Abs. 3: „Für Beschlüsse, die durch beschließende Ausschüsse gefasst werden, gilt Entsprechendes mit der Maßgabe, dass der Gemeinderat über den Beschluss zu entscheiden hat. Demnach entscheidet zunächst der beschließende Ausschuss über den Widerspruch. Der wesentliche Unterschied zum Beschluss des Gemeinderates besteht darin, dass über den zweiten Beschluss der Gemeinderat entscheidet. Hält der Bürgermeister den zweiten Beschluss des Gemeinderates für rechtswidrig, kann er unverzüglich die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde einholen.“

Diese Kommentarstelle stehe nicht im Einklang mit den gesetzgeberischen Vorgaben, erwiderte **Herr Westhagemann**. Der Gesetzgeber habe klar angeordnet, dass die Behandlung des Widerspruchs im Stadtrat erfolgt. Das mache Sinn, weil der Stadtrat sowieso als das nächst höhere Gremium befugt ist, die Entscheidung an sich zu ziehen.

Auf Bitte des **Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner**, die Textstelle bekannt zu geben, zitierte **Herr Westhagemann** den § 62 Abs. 3 Satz 6 der Gemeindeordnung: „Für Beschlüsse, die durch beschließende Ausschüsse gefasst werden, gilt Entsprechendes mit der Maßgabe, dass der Gemeinderat über den Widerspruch zu entscheiden hat.“ Dieser Gesetzestext sei an dieser Stelle ganz klar formuliert.

Auch aus Sicht des Präsidiums sei das Verfahren bezüglich der Aufnahme in die Tagesordnung richtig, stellte **Herr Dr. Exner** fest.

In der Hauptausschusssitzung sei Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister erzielt worden erklärte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**. Hier hatte Herr Koschig zum Ausdruck gebracht, dass er sich dem Beschluss des Hautpausschusses verpflichtet fühlt. Nach seinem Rechtsverständnis könne man nur in Widerspruch gehen, wenn der Hauptausschuss gegen gesetzliche Richtlinien verstoßen hat, was dort nicht der Fall war. Man wisse auch, dass es bereits einen Rechtsstreit gibt. Die SPD-Fraktion werde sich dem Antrag der Fraktion Pro Dessau-Roßlau auf Absetzung des Tagesordnungspunktes anschließen.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, beantragte die Absetzung des Tagesordnungspunktes 7.6 Prioritätenliste der Investitionsvorhaben für die Jahre 2011 bis 2017 aus dem Dezernat VI. Die Verwaltung könne ohne vorherige Abstimmung im Stadtrat Vorlagen in die Fachausschüsse einbringen. Wenn aber Vorlagen eingebracht werden, sollen diese lesbar und in der Verwaltung abgestimmt sein. Beides sei nicht gegeben, weshalb das heute nicht behandelt werden soll.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, ging zunächst auf den Antrag von Herrn Bönecke ein, welcher rechtsstreitig nach den Auffassungen zweier kompetenter Rechtsanwälte im Raum stehe. Die Fraktion akzeptiere den Einspruch des Oberbürgermeisters. Aus diesem Grund werde kein Handlungsbedarf gesehen, heute darüber abzustimmen. Da Herr Vorjans geklagt hat, stelle sich die Frage, ob dieser Vorgang rechtens war. Er sei dafür, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen. Damit akzeptiere man symbolisch die Entscheidung des Oberbürgermeisters.

Zur eingereichten Prioritätenliste legte **Herr Schönemann** dar, er halte die Vorlage für lesbar und diesen Weg machbar. Mit der Bestätigung dieser Vorlage durch den Oberbürgermeister ist diese in der Verwaltung abgestimmt. Er fragte, wo hier Defizite gesehen werden.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, ging auf das von Herrn Bönecke zum Tagesordnungspunkt 8.1 Gesagte ein und stellte fest, es bestehe eine klare Lage hinsichtlich dessen, was das Gesetz vorschreibt. Das sei von Herrn Westhagemann und dem Oberbürgermeister bestätigt worden, so dass er keinen Raum zur Abstimmung sehe und es auf der Tagesordnung lassen wolle. Man habe hier keinen Spielraum, woanders hin verweisen zu können.

Herr Westhagemann legte dar, die im § 62 dem Oberbürgermeister anheim gegebene Verpflichtung bzw. auch das Recht, Beschlüsse des Stadtrates oder auch beschließender Ausschüsse zu beanstanden, habe die Folge beim Stadtrat, dass erneut der Stadtrat verhandeln muss. Bei den beschließenden Ausschüssen führe das auch dazu. Daraus resultiere eine Pflicht des Stadtrates, darüber erneut zu verhandeln. Insofern wäre es pflichtwidrig, wenn der Stadtrat diesen Tagesordnungspunkt absetzen würde.

Herr Bönecke stellte bezüglich der Aussage von Herrn Dr. Exner, welcher von Verweigerung gesprochen hat, richtig, sein Antrag lautete Absetzung von der Tagesordnung. Zur Darlegung von Herrn Westhagemann merkte er an, die Kommentatoren mögen unterschiedlicher Auffassung sein. Eine Entscheidung zu der Problematik eines unserer Verwaltungsgerichte oder sogar des Oberverwaltungsgerichtes habe er nicht gefunden. Darüber hinaus sei der Gesetzestext, wie verlesen, auch genauso gut dahingehend auszulegen, wie es in dieser Kommentierung erfolgt: „Der Gemeinderat entschei-

det abschließend.“ Wenn es ein Stadtratsbeschluss gewesen wäre, sei das Procedere so, dass der Stadtrat zunächst über den Widerspruch befindet. Wenn er dem Widerspruch nicht abhilft, sondern seine ursprüngliche Entscheidung bestätigt, kann sich der Oberbürgermeister an die Kommunalaufsichtsbehörde wenden, welche abschließend entscheidet. So wäre der übliche Weg. Wenn jetzt die Gemeindeordnung im § 62 Abs. 3 Satz 10 davon spricht, es gilt Entsprechendes mit der Maßgabe, dass der Gemeinderat über den Widerspruch entscheidet, heißt das, die abschließende Entscheidung steht dem Gemeinderat zu, das an der Stelle nichts Anderes heißt, als ursprünglich entscheidet das Gremium, das den Widerspruch hervorgerufen hat und dann entscheidet abschließend der Gemeinderat. Wenn das nicht die Befürwortung des Oberbürgermeisters findet, dann gehe es zu Maßnahmen der Kommunalaufsicht. Das sei zur Erläuterung, warum Herr Bönecke an dieser Stelle der Rechtsauffassung aus dem Kommentar Wiegand/Grimberg folge.

Weiterhin habe er in der Hauptausschusssitzung vom 16.02.11 ausdrücklich eine Stellungnahme des Rechtsamtes angefordert zur Problematik Zulässigkeit dieses Widerspruches, wer hat zu entscheiden usw. Diese habe er nicht bekommen. Es war ein Prüfauftrag, welcher nicht erfüllt wurde. Ein weiterer Punkt sei für ihn die Frage, wie der Stadtrat heute entscheiden soll, wenn das Protokoll des Hauptausschusses vom 09.02.11 bis zum heutigen Tag nicht vorliegt, wo genau diese Fragen zum Widerspruch geführt haben. Herr Eichelberg habe schon das Problem Einvernehmen angesprochen. Man sei heute nicht entscheidungsfähig, weil die Grundlagen fehlen.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, ging auf das von Herrn Bönecke Gesagte ein. Geklärt wurde, dass es zunächst nicht nochmals im Hauptausschuss entschieden wird. Präzisiert wurde von ihm, dass der Punkt heute vertagt werden soll, bis das Protokoll und die Stellungnahme vorliegen. Dr. Exner verwies auf die Aussage von Herrn Westhagemann, dass man eine Pflicht zur Entscheidung habe.

Herr Schönemann stellte dar, das Problem seien die Zugangsbedingungen zur Urteilsfindung. Das Protokoll liege nicht vor, weshalb sich die Frage stellt, wogegen der Oberbürgermeister Einspruch erhebt. Man könne rechtlich nicht die Sachlage der Verhandlung zur Anhörung nachvollziehen. Das Präsidium müsse zur Zulassung der Tagesordnungspunkte vorab prüfen, ob das übereinstimmend und nachvollziehbar ist. Viele Stadträte können nicht nachvollziehen, worum es geht. Insofern bitte er darum, dem Geschäftsordnungsantrag stattzugeben.

Er verweise darauf, dass der Oberbürgermeister Widerspruch gegen den Beschluss des Hauptausschusses hinsichtlich des Beschlusstextes, aber nicht hinsichtlich der Begründung erhebt, betonte **Herr Dr. Exner**. Der Beschlusstext müsste aus seiner Sicht eindeutig gewesen sein, so dass den Stadträten klar sein müsste, worüber sie heute entscheiden.

Wie Herr Bönecke bereits sagte, wurde im Hauptausschuss die Stellungnahme des Rechtsamtes zugesagt, welche nicht vorliege, erklärte **Herr Eichelberg**. Auch das Protokoll der Hauptausschusssitzung liege nicht vor. Er empfehle, dass die Verwaltung den Punkt zurückzieht und dieses Thema nochmals im Hauptausschuss diskutiert.

Er gehe davon aus, dass es keine Rechtspflicht zur heutigen Entscheidung gibt, stellte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, fest. Insofern habe man einen Spiel-

raum und er müsse den Vertagungsantrag zur Entscheidung stellen. Herr Dr. Exner brachte ihn zur Abstimmung. Der **Antrag auf Vertagung** des Tagesordnungspunktes **8.1** - mit der Maßgabe, dass es auf die Tagesordnung der **nächsten Stadtratssitzung** gesetzt wird, wurde mehrheitlich **angenommen** (22:19:01).

Bezüglich des Antrages, die Prioritätenliste von der Tagesordnung zu nehmen, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, es ging bei dieser Liste darum, so schnell wie möglich das Leitbild, was relativ abstrakt ist, ins Konkrete zu überführen. Bei dieser Prioritätenliste gehe es nicht um die einzelnen Projekte, sondern um das Verfahren. Die Prioritätenliste solle in die Fachausschüsse verwiesen und bevor sie in die Ausschüsse geht verwaltungsintern abgestimmt werden. Es hätte keinen Sinn gemacht, zuerst in die Fachausschüsse zu gehen, wenn die Stadträte das Verfahren ablehnen würden.

Herr Trocha merkte an, die **CDU-Fraktion** wolle diesen Punkt als Information auf der Tagesordnung belassen.

Herr Schönemann erinnerte an Diskussionen über nicht eingestellte Komponenten im Rahmen des Haushaltes 2011, was in Zukunft vermieden werden soll. Man wolle Details von vornherein festlegen und über Mehrheiten in den Ausschüssen bestimmen, wo wir als Stadträte die Prioritäten in der Stadt sehen, sowohl sozial und kulturell, als auch von den Investitionen her. Das autorisiere uns stärker und man sei auf bestimmte Entscheidungen besser vorbereitet. Insofern sei das Verfahren, das heute beschlossen werden soll, nützlich.

Zusammenfassend merkte **Herr Dr. Exner** an, Herr Hantusch wolle heute darstellen, in welcher Arbeitsweise er zu dieser Beschlussfassung zu einem späteren Zeitpunkt kommen will und zwar, wenn er alle Ausschüsse vorher entsprechend kontaktiert und Beschlussfassungen herbeigeführt habe. Es gehe darum, den Stadträten darzustellen, wie soll diese Liste nachher erstellt und priorisiert werden. Herr Dr. Exner sprach sich gegen die Umwandlung in eine Informationsvorlage aus, denn dann müsse der Einreicher zur Sache sprechen, also zur Vorlage selber. Fragestellungen seitens der Stadträte wären so nicht möglich.

Der Antrag auf **Absetzung** des Punktes **7.6** von der Tagesordnung wurde mehrheitlich **abgelehnt** (05:34:03).

Die **Tagesordnung** wurde in geänderter Form mehrheitlich bestätigt (38:01:03).

3. Genehmigung der Niederschriften vom 15.12.2010 und 02.02.2011

Die **Niederschrift** der Sitzung des Stadtrates vom **15.12.2010** wurde bei 6 Enthaltungen bestätigt.

Zur Niederschrift vom 02.02.2011 bat Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, um Korrektur seiner Aussagen:

Auf Seite 29, Absatz 3, Satz 3 sollte lauten: „Auf die von Herrn Dr. Raschpichler genannten Einrichtungen könne er nur sagen, man habe einen Abrissbeschluss in der Schublade für den Schlossplatz und für die beiden Gebäude in der Törtener Straße, welche im Stadtumbaugebiet stehen.“

Seite 29, letzter Absatz, Satz 2 sollte lauten: „Die von seiner Fraktion vorgeschlagenen Dinge sollen in die Überarbeitung einfließen, sind aber derzeit nicht in der Vorlage enthalten.“

Seite 30, Satz 2 bitte klarstellend ändern: „Den Aufhebungsbeschluss Quartiersmanagement kenne man in den Fraktionen seit 4 Wochen und sei bis dahin von anderen Voraussetzungen ausgegangen.“

Die **geänderte Niederschrift vom 02.02.2011** wurde mit 6 Enthaltungen genehmigt.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Koschig berichtete über wesentliche Angelegenheiten im Zeitraum nach der letzten Sitzung des Stadtrates.

- Am 3. Februar 2011 wurde der Amtsleiter des Amtes für Schule und Sport, Herr Bernd Wolfram, in den Ruhestand verabschiedet. Viele Stadträte und Gäste haben die Gelegenheit genutzt, sich für seine Arbeit zu bedanken und ihm alles Gute zu wünschen.
- Im Ergebnis des Auswahlverfahrens und der Bewerbergespräche am 4. Februar 2011 wurde durch die Findungskommission dem Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters die Empfehlung ausgesprochen, Herrn Christian Friedrich Meyer ab 1. August 2011 als Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters zu berufen. Diese Berufung wurde in der Sondersitzung des Theaterausschusses am 24. Februar auch einstimmig vorgenommen. Von dieser Stelle sprach Herr Koschig Herrn Meyer seine herzlichen Glückwünsche aus.
- Am heutigen Tage wurde Frau Dr. Barbara Czerannowski in den Ruhestand verabschiedet. Sie hatte dazu jene eingeladen, ohne die das Museum für Stadtgeschichte nicht die erfolgreiche Arbeit leisten konnte, für die ihr ganz maßgeblich gedankt werden muss. Höhepunkt ihrer Arbeit ist das Verbundprojekt der Anhaltischen Museen „Gemeinsam sind wir Anhalt“ mit der ständigen Ausstellung „Schauplatz Vernünftiger Menschen“ im Johannbau. Mit unserer Ausstellung „Anhalt International“ können wir zum Anhalt-Jubiläum 2012 sehr gut darauf aufbauen.
- Im Namen des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt konnte Herr Koschig am 5. Februar Herrn Gerhard Beg vom Förderverein Technikmuseum „Hugo Junkers“ die Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt überreichen. Weiterhin erhielt kürzlich der Dessauer Rechtsanwalt Lothar Haferkorn das Bundesverdienstkreuz. Beiden sprach Herr Koschig seine herzlichen Glückwünsche aus

Soziales

Nach Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und den Pflegekassen im Dezember 2010 haben sich im Februar Vertreter des Amtes für Integration und Soziales und Pflegeberater der Pflegekassen zu einem ersten Erfahrungsaustausch getroffen.

Mit der vernetzten Pflegeberatung können sich nunmehr Betroffene und deren Angehörige unabhängig von der Kassenzugehörigkeit bei allen Pflegekassen und bei der Stadt

Dessau-Roßlau über leistungsrechtliche Ansprüche sowie über Angebote der sozialen Versorgung und Betreuung informieren.

Im städtischen Amt für Soziales und Integration wird die Pflegeberatung im neuen Zentralen Informationsbüro „Pflege und Wohnen im Alter und bei Behinderung“ durchgeführt. Das Informationsbüro ist darüber hinaus Beratungsstelle für Seniorinnen und Senioren und für Menschen mit Behinderungen.

Die Stadt hat damit ein weiteres Vorhaben aus den Handlungsempfehlungen der Sozialplanung, der die Stadträte im Dezember des vorigen Jahres zugestimmt hatten, umgesetzt.

Schule

Am 17. Februar 2011 fand im Palais Dietrich die Veranstaltung „Ein Jahr Lernen vor Ort“ statt. Es war eine gelungene Veranstaltung, an der Stadträte und viele Partner des einzigen Projektes in unserem Bundesland teilnahmen.

Zuvor wurde eine Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, Lernen vor Ort, BiWAQ und der Stadt unterzeichnet. Im Interesse aller Beteiligten soll eine Verbesserung der Vernetzung mit den Beratungsstellen B-Punkte im Sinne einer miteinander kooperierenden und abgestimmten Bildungslandschaft entstehen.

Sport

Mit dem 10. Internationalen Springermeeting am 2. Februar 2011 fand der Dessau-Roßlauer Sportwinter mit insgesamt vier Veranstaltungen und über 7.000 Zuschauern in der Anhalt-Arena seinen krönenden Abschluss.

Mit 5,83 m konnte der amtierende Vize-Weltmeister Malte Mohr aus München einen neuen Meetingrekord aufstellen. Weitere vier Stabhochspringer absolvierten die 5,60 m, womit das Dessau-Roßlauer Hallenmeeting weltweit zu den 10 besten Meetings der Hallensaison 2010/2011 gehört.

Allgemeine Informationen

- „Der Gewinner ist: Sachsen-Anhalt!“ Das steht derzeit auf der Internetseite des „City to City Barcelona FAD Award“. Die katalanische Hauptstadt hat die IBA Stadtumbau 2010 in Sachsen-Anhalt als besonders kreativ ausgezeichnet. Insgesamt waren 29 internationale Projekte nominiert. Für den New Yorker High Line Park, die Micro Gardens in Dakar und das Projekt Revitalising of the Historic Centre in Comayagua (Honduras) gab es Anerkennungen.

Seit 2008 vergibt Barcelona gemeinsam mit der Initiative Fostering Arts and Design den „Preis für kreative Stadtentwicklungsprozesse“. Die Entscheidung für unser Stadtumbau-Projekt in Sachsen-Anhalt begründete die Jury mit der internationalen Relevanz der IBA-Expertisen für die nachhaltige und insbesondere auch wirtschaftliche Regeneration schrumpfender Städte.

(Quelle: Fachzeitschrift BAUNETZ , Internetseite Dessau-Rosslau – news -)

- Die Bürgerinitiative gegen die Gemeindereform ist gescheitert, weil die notwendigen Unterschriften nicht zusammengekommen sind. Damit dürfte die Gemeindereform jetzt rechtlich Bestand haben und vollzogen sein.

- **Städtekooperation** - Die Oberbürgermeister der Städte Lutherstadt Wittenberg, Bitterfeld-Wolfen, Köthen und Dessau-Roßlau treffen sich am 21.3.2011 in Dessau-Roßlau, um das weitere Vorgehen bei der Gestaltung der Städtekooperation zu besprechen.

Die ständige Arbeitsgruppe der Städte hat ihren Zwischenbericht vorgelegt und sich die Aufgabe gestellt, Mittel des Bundes und des Landes in Anspruch zu nehmen, um in diesem Jahr mit externer Unterstützung erste umsetzungsfähige Ergebnisse beim gemeinsamen und abgestimmten Verwaltungshandeln zu unternehmen, vor allem auf dem Gebiet des Umgangs mit der demografischen Entwicklung.

- Die Grundsteinlegung für das Seniorenzentrum Elballee fand am 15. Februar statt. Es ist der erste Neubau durch die Volkssolidarität 92.
- Am gleichen Tag war die Übergabe des ersten Bandes der Cranach-Bibel. Somit sind alle 3 Bände wieder komplett in unserer Stadt. Die festliche Übergabe an die Stadt ist für den Monat Mai geplant. Bisher befinden sie sich im Landeshauptarchiv.
- Am 18. Februar konnte die Firma Thyrolf und Uhle eine neue 6kW-Laserschneidbrenneranlage einweihen.
- Der für den 25.02. angekündigte Besuch der Bundesministerin Prof. Schwan im SKD wurde aufgrund der Bundesratssitzung zur Hartz-IV-Reform verschoben. Wir sind bei der Vorbereitung eines neuen Besuchstermins und hatten insofern die Gelegenheit, mit Herrn Minister Dr. Haseloff und der Abteilungsleiterin Umweltmedizin im Umweltbundesamt die Gespräche zu führen. Hier geht es um die Zusammenarbeit mit den beiden Universitäten in unserem Land und der Universität Szeged in Ungarn. Außerdem wurden schon recht detailliert die Möglichkeiten der Gründung eines deutschen Zentrums für Umweltmedizin gemeinsam mit dem UBA besprochen. Dabei wurde festgestellt, dass wir dafür über ausgezeichnete Voraussetzungen in unserer Stadt verfügen.
- Am vergangenen Samstag, 26.02., fand nun schon traditionell die Handwerkermesse in Roßlau statt. Es gab großen Zuspruch aus der Bevölkerung und hervorragende Präsentationen aus unserer Handwerkerschaft.
- Heute Vormittag fand in unserem Haus ein Gespräch mit den Vorsitzenden der regionalen Planungsgemeinschaften unseres Landes und den dazugehörigen Geschäftsstellenleitern sowie Städte- und Gemeindebund und Landkreistag zur Vorbereitung eines Ministergespräches statt, das aber erst nach Neubildung der Landesregierung stattfinden werde, zur dauerhaften Kofinanzierung unserer regionalen Planungsgemeinschaft durch das Land. Hier läuft die Kofinanzierung aus und wir werden gemeinsam an das Landesentwicklungsministerium herantreten, weil es eine Vielzahl von Aufgaben für unsere Planungsgemeinschaften gibt, die über den eigenen Wirkungskreis hinausgehen
- Der Bericht über den Stand der Baumaßnahmen und die Hochwasserinformation wurden schriftlich an die Fraktionen ausgereicht.

- Am vergangenen Freitag wurde das 19. Kurt Weill Fest eröffnet, das jetzt auf 3 Wochenenden erweitert wurde. Viele Veranstaltungen sind bereits ausverkauft, es gibt aber noch Restkarten.
- Zum Gedenken an die Bombennacht und die Zerstörung unserer Stadt am 7. März 1945 lädt traditionell die Gemeinde Sankt Paulus, Sankt Jakobus zu 21.00 Uhr in die Pauluskirche ein.

Abschließend sprach Herr Koschig eine Einladung zum 12. März 2011 aus, in der Innenstadt am demokratischen Protest „Bunt statt braun“ gegen die rechtsextreme Demonstration teilzunehmen.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 02.02.2011 nahm der Stadtrat eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters

„Bituminöser Hocheinbau als Lärminderungsmaßnahme in der Berliner Straße im Stadtteil Roßlau - Novellierung Maßnahmebeschluss -;

- Vergabe der Bauleistung -

zur Kenntnis.

5. Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde meldete sich **Herr Peter Fischer**, wohnhaft in der Bauhofstr. 5, 06842 Dessau-Roßlau, zu Wort. Er bezog sich auf die Beantwortung seiner Anfrage durch Herrn Beigeordneten Hantusch vom 24.02.2011. Dafür bedankte er sich, wies aber darauf hin, dass die Antwort in Bezug auf die Sohlerosion und zum Erhalt des Weltkulturerbes Dessau-Wörlitzer Gartenreich und des Biosphärenreservates fehlt. Dazu erwarte er noch eine Antwort.

Weiterhin auf das Leitbild der Stadt eingehend, fragte er, ob man die Anhörung vom 07.12.2010 nicht nachholen wolle. Diese habe nicht stattgefunden. Letzten Endes gehe es auch darum, wie man mit den Beteiligungsrechten der Bürger umgeht. Er sehe zwar, dass man seine Beteiligung einreichen kann, die Stadtverwaltung ihre Meinung dazu abgebe, aber es werde nicht diskutiert.

Herr Hantusch habe in der Stadtratssitzung im Februar gesagt, dass das Projekt Heideschule zwar wünschenswert, aber unnötig ist. Das zeige, wie fern er dieser Stadt ist. Es wäre wünschenswert und notwendig, dass die Stadtteile, insbesondere Stadtmitte, Vertretungen bekommen, die ihm solche Projekte näher bringen. Viele Projekte des Stadtumbaus schweben in der Luft und ohne die Heideschule sind sie ohne Obdach.

Zusammenfassend erklärte Herr Fischer, er erwarte Antworten der Stadt zur Sohlerosion und zu den Vorstellungen der Stadt zum Erhalt des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches in Bezug auf die Sohlerosion, eine echte Bürgeranhörung zum Leitbild, eine Stellungnahme, wie die Stadtteile von Dessau-Mitte zukünftig besser integriert werden, z. B. durch Stadtteilvertretungen und eine Antwort betreffs seiner Fragestellung vom Februar zum Bürgerhaushalt.

Herr Fischer übergab seine Wortmeldung in Schriftform an das Präsidium. **Herr Beigeordneter Hantusch** sagte die schriftliche Beantwortung zu.

Frau Bianca Mrosek-Zabel, Betreiberin des Cadillac in Dessau (ehemals Fine-Keller), fragte an, ob es eine Möglichkeit gibt, dass das Haus gerettet oder dessen Abriss nach hinten verschoben werden kann. Sie spreche im Namen vieler Liebhaber des Klubs. Der Klub werde auch von vielen Besuchern von auswärts genutzt, ob es Musiker oder Fans der Live-Musik oder des ehemaligen Fine-Kellers sind. Frau Mrosek-Zabel übergab dem Präsidium eine umfangreiche Unterschriftenliste derer, die sich für den Erhalt des Cadillac einsetzen. Herr Dr. Exner gab die Liste an den Oberbürgermeister weiter.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt, so dass der Tagesordnungspunkt geschlossen wurde.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Information über die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Umschuldung eines Kommunalkredites im Wert von 1.200.000 EUR bei der Stadtparkasse

Vorlage: DR/IV/001/2011/II-20

Die Informationsvorlage über die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Umschuldung eines Kommunalkredites wurde zur Kenntnis genommen.

6.2. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schwierz, Fraktion Die Linke, ging auf die Beschlussvorlage des Amtes für Kultur, Tourismus und Sport vom 09.07.2008 mit dem Titel „Umbau des ehemaligen Kaufhauses Roßlau zur Stadtbibliothek“ ein. Bestandteil dieser Beschlussvorlage war die Anbindung der Roßlauer Touristinformation an die Bibliothek Roßlau im künftigen Kulturkaufhaus. In diesem soll neben der Bibliothek auch die Außenstelle der Touristinformation ihren Sitz haben. Die Stadtratsfraktion fordert von der Verwaltung die Umsetzung dieser Beschlussvorlage ohne Wenn und Aber, d. h. dass im künftigen Kulturkaufhaus Roßlau neben der Bibliothek auch die Außenstelle der Touristinformation ihren Sitz haben wird. Ihn interessiere ebenfalls, wer die Idee hatte, die Touristinformation Roßlau einzusparen. Dies habe in Roßlau zu erheblicher Verwirrung und Verstimmung geführt und ist für das Zusammenwachsen unserer gemeinsamen Stadt nicht förderlich.

Die Anfrage von **Herrn Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM**, bezog sich ebenfalls auf diese Thematik. Er fragte, wer in der Stadt in der Lage ist, einen Beschluss des Stadtrates auszuhebeln oder zu modifizieren, wie dies bei der Beschlussvorlage 194 aus 2008, die bereits Herr Schwierz benannte, passiert ist. In der Darstellung der Gesamtmaßnahme heißt es: „Mit dem Nutzungsziel Bibliothek und Stadtinformation, das auf breitem Konsens der Rosslauer Stadträte und Bürger gestoßen ist und von ihnen auch positiv beurteilt wird, konnten die entsprechenden Maßnahmen bereits 2005 durchgeführt werden.“ Weiter zitierte Herr Tonndorf aus dieser Vorlage „In Abstimmung mit dem Ortschaftsrat Roßlau erfolgt ferner die Integration eines separaten Bereiches für die Au-

ßenstelle der Touristinformation.“ In der Zeichnung in Anlage 4 ist diese Touristinformation mit einer Fläche von 90,86 m² ausgewiesen.

Als der Ortschaftsrat in der letzten Woche diese Einrichtung des Kaufhauses als Bibliothek von Frau Schneider, Direktorin der Anhaltischen Landesbücherei, vorgestellt bekam, war man vom Inhaltlichen begeistert. Erstaunlich war jedoch, dass von der Stadtinformation keine Rede mehr war. Das Ergebnis, insbesondere die Art und Weise des Umgangs mit Beschlüssen des Stadtrates von Dessau-Roßlau hat im Ortsteil Roßlau zu erheblichen Protesten geführt und wird weiter dazu führen. Hier werden mit einem Federstrich rund 30.000 Einwohner von Dessau-Roßlau nördlich der Elbe einfach abgehängt und die anerkannten Bemühungen der Roßlauer Vereine, trotz sinkender Zuschüsse das kulturelle Leben in der Stadt zu organisieren, werden auf verantwortungsloser Weise behindert. Man werde, das sei auch so im Ortschaftsrat Roßlau abgestimmt, dafür eintreten, dass der Beschluss Nr. 194 aus 2008 1:1 umgesetzt wird.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner räumte an dieser Stelle der Stadtverwaltung die Möglichkeit einer Stellungnahme ein.

Herr Beigeordneter Hantusch führte aus, es gebe noch keine Beschlusslage. Man rede hier über Dinge, die irgendeine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung im Ortschaftsrat gesagt hat. Herr Hantusch wisse, dass das Kulturkaufhaus mit sehr viel Geld umgebaut und die Beschlüsse dazu Mitte 2005 gefasst wurden. Ihm sei sehr wohl bewusst, dass wir hier einen Quadratmeter-Preis des Umbaus von über 3.000 € haben, was Eigentumswohnungsniveau sei. Insofern haben wir großes Interesse daran, dass in dieses Haus auch Leben hineinkommt.

Um das Für und Wider darzustellen, merkte Herr Hantusch an, andererseits hatte man natürlich Beschlüsse in der Vergangenheit, dass Personal abgebaut wird, auch im Tourismusbereich. Es gibt auch Beschlüsse, bspw. das Leitbild, worin große Prioritäten gesetzt sind im Bereich Bauhaus, Moderne usw. Dies angesichts der Haushaltslage zusammen zu bringen, ist ausgesprochen schwierig. Gerade in der letzten Zeit habe Herr Hantusch das eine oder andere Gespräch geführt mit Roßlauer Aktivisten, denen das Vereinsleben in Roßlau insgesamt am Herzen liegt. Er habe gesagt, man müsse nochmals intern, auch mit Frau Nußbeck, darüber sprechen, wie man zu einer Lösung kommt, die machbar ist. Sollte sie nicht machbar sein, wird der Weg so eingeschlagen, wie er gerade skizziert wurde.

Nach eingehenden Überlegungen müsse auch eine Beschlusslage auf den Weg gebracht werden und dann ist es eine Frage der Mehrheiten. Roßlau sei, so merkte Herr Hantusch abschließend an, auch nicht so weit entfernt und es gibt eine gute Busverbindung. Dies sagte er vor dem Hintergrund der Haushaltslage und was man sich in Zukunft noch leisten könne.

Bevor Frau Müller, CDU-Fraktion, das Wort erteilt wurde, betonte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner**, es sei eine Frage der Offenheit und der Fairness des Umgangs miteinander zwischen Verwaltung und Stadtrat. Beschlüsse des Stadtrates sind umzusetzen.

Durch Herrn Hantusch wurde eingeworfen, das Kaufhaus sei noch nicht in Betrieb. Hierzu entgegnete **Frau Christa Müller, CDU-Fraktion**, zunächst, Termine seien be-

reits angedeutet. Wenn es um solch gravierende Dinge geht, wie lt. Stadtratsbeschluss weiter verfahren wird, ist es angebracht, im Vorfeld mit den Betroffenen zu sprechen. Dass es z. T. interne Dinge sind, sei klar, doch man könne sicher sein, dass dann nicht in die Öffentlichkeit posaunt würde, was miteinander beraten wurde.

Wie bereits Herr Tonndorf sagte, ist bei dem, was Frau Schneider vorstellte, die Stadtinformation nicht mehr drin und es gibt auch Bemühungen, die Stadtinformation woanders unterzubringen. Insofern wäre es angebracht gewesen, im Vorfeld mit dem Ortschaftsrat darüber zu reden. In Zukunft sollte man anders miteinander umgehen.

Frau Lohde, CDU, brachte ihre Empörung gegenüber Herrn Hantusch zum Ausdruck, in welcher Art und Weise er über Mitarbeiter dieses Hauses spricht. Sie hoffe, dass er es anders gemeint hatte und vielleicht könne er sich auch noch einmal anders artikulieren. Sie halte nichts davon, dass er wirklich engagierte Mitarbeiter dieses Hauses in der Öffentlichkeit so hinstellt.

Zur Thematik Kulturkaufhaus Roßlau führte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, aus, man bleibe in der Beschlusslage. Was hier von der Verwaltung skizziert wurde, sind Überlegungen aufgrund der Finanzlage, womöglich etwas anders zu gestalten. Es ist nahe liegend, dass das mit der Bürgerschaft geschehen muss, wenn es Änderungen der Beschlusslage und natürlich einen Korrekturbeschluss in dem entsprechenden Fachausschuss gibt. In Zukunft muss vermieden werden, dass es zu solchen Konflikten kommt, es sei eine Frage der Kommunikation.

Zum Thema Kristallpalast stellte **Herr Schönemann** zwei Fragen.

1. an den Oberbürgermeister: Wann wird es die entsprechende Beschlussvorlage des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum geben zur Errichtung eines MVZ am Standort Kristallpalast, um entsprechend der jetzigen Situation im Rahmen der Ausreichung der Baugenehmigung Konformität herzustellen? Im Augenblick kommt es aufgrund der Nichtausreichung der Kapazitätsrahmenbedingungen und der Beschlusslage im Klinikum selbst zu Verzug der Ausreichung der Baugenehmigung.
2. an Herrn Beigeordneten Hantusch parallel dazu, wann ist mit der Baugenehmigung zu rechnen.

Weitere Fragen von **Herrn Schönemann** bezogen sich auf

- das Thema Farbfest. Frau Heidemarie Ehlert habe sich mit dem Finanzdezernat die Mühe gemacht, um die Haushaltslage 2011 zu analysieren, ist das Farbfest ohne städtische Beteiligung ausfinanziert. Hier bat Herr Schönemann Frau Nußbeck um Bestätigung. Es wäre dann so, dass das Farbfest durch Bezuschussung anderer Geldgeber abgesichert ist. In dem Fall verstehe er aber nicht die öffentliche Diskussion im Kulturausschuss, dass man das Farbfest vergessen hat einzustellen in den Haushalt 2011. Schlussendlich stelle sich die Frage, wie gehen wir mit dem Thema um, dass das dadurch entstandene Misstrauen korrigiert und die systematische Entwicklung der Tradition des Farbfestes konfliktfrei für das Jahr 2011 auf den Weg gebracht wird.
- die Stelle des Ausländerbeauftragten. Die **Fraktion Die Linke** bitte darum, dass zum nächsten Stadtrat die jetzt amtierende Ausländerbeauftragte einen Sachstands- bzw. Tätigkeitsbericht abgibt.

- die Prioritätenliste und richteten sich an alle Dezernate. Der Dezernent für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch, habe heute seinen Teil für den investiven Bereich der Prioritätenliste eingereicht. Wann passiert dies in den Bereichen Kultur, Soziales etc.?

In seiner Beantwortung führte **Herr Oberbürgermeister Koschig** aus, der Aufsichtsrat des MVZ hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Problematik beschäftigt. Die Geschäftsführung ist beauftragt, zur nächsten Sitzung eine Variantenuntersuchung zur weiteren Entscheidungsfindung vorzulegen. Die Zuarbeiten aus seinem Dezernatsbereich zur Prioritätenliste liegen im Dezernat VI vor, die dann eingearbeitet werden können.

Zur Frage betreffs der Ausländerbeauftragten legte Herr Koschig dar, er halte es für nicht zweckdienlich, bereits jetzt einen Bericht abzufordern. Er sollte wie üblich nach einjähriger Tätigkeit gegeben werden. **Herr Koschig** habe vor kurzem ein Gespräch mit ihr geführt, da sie z. Z. in einer Kampagne ihrer Firma sehr viel unterwegs ist und es wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen, dass sie erreichbar ist und bleibt.

Zur Beantwortung der Frage Baugenehmigung erhielt **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes** das Wort. Er erläuterte, das Baugenehmigungsverfahren läuft unabhängig von Rechten Dritter. D. h. die Bearbeitung der Baugenehmigung erfolgt unabhängig davon, ob der Investor eine vertragliche Beziehung mit dem MVZ oder einem x-beliebigen Dritten eingeht. Es wird anhand der vorliegenden Unterlagen bewertet. Die Dauer des Baugenehmigungsverfahrens ist davon abhängig, wann uns die notwendigen Unterlagen vollständig vorliegen. Hier befindet man sich im Prozess, konkret könne er nur bei Zustimmung des Antragstellers darauf antworten.

Frau Beigeordnete Nußbeck führte aus, das Farbfest sei im Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben in selber Höhe enthalten. Das heißt, ein Zuschuss der Stadt ist in 2011 nicht mehr enthalten, die Finanzierung erfolgt vollständig über Drittmittel.

Auf die Aussage von Herrn Koschig erwiderte **Herr Schönemann**, hier habe die Fraktion, was das MVZ betrifft einen anderen Sachstand. Es gab vor kurzem eine Vorabstimmung, wo die Klinikleitung deutlich machte, dass die Problematik der Standortentscheidung MVZ Kristallpalast eine Frage von Stadtentwicklung ist. Deshalb sei theoretisch die Arbeitsrichtung klar und es gehe nicht um einen Variantenvergleich, sondern um die Entscheidung für diesen Standort.

Zur Beantwortung durch Frau Nußbeck betreffs Farbfest bestätigte Herr Schönemann, dass dies mit seinem Kenntnisstand deckungsgleich sei. Er frage, warum man dies nicht in dem entsprechenden Fachausschuss so sagte, da das, was nach außen transportiert wurde, Image schädigend für die Gesamtstadt und auch für die Idee der Bauhausstadt Dessau war. Das habe man nicht nötig und er spreche hier ausdrücklich sein Missfallen darüber aus.

Herr Ehm, CDU-Fraktion, verwies auf das in den Mulde- und Elbauen stehende Brackwasser. Dies sei wesentlich mehr, als in den vergangenen Jahren, was eine schlimme Mückenkatastrophe befürchten lasse. Er fordere daher die Stadt auf, gemeinsam mit dem Land, dem Umweltbundesamt und den umliegenden Landkreisen und Kommunen offen und rechtzeitig gegen diese bevorstehende Katastrophe anzugehen.

Seines Erachtens sei dies eine elementare Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge für die Menschen. Herr Ehm verwies auf die zu erwartenden erheblichen Nachteile für die Lebensqualität der Menschen beim Aufenthalt im Freien sowohl zur Berufsausübung als auch zur Freizeitgestaltung. Auswirkungen in der Wirtschaft, insbesondere im Tourismus sind zu erwarten. Die Gesundheit der Menschen und Tiere ist in Gefahr. Stechmücken können gefährliche Krankheiten epidemisch übertragen.

Abschließend merkte Herr Ehm an, vielleicht könne man die Erfahrungen der Partnerstadt Ludwigshafen/Rhein nutzen.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende **Hoffmann, Fraktion Die Linke**, richtete sich in einer Anfrage an den Oberbürgermeister. In einer Email an den Ortschaftsrat Großkühnau wurde der Hinweis auf eine Veranstaltung unter dem Titel „Tante Emmas neue Kleider, Lösungsansätze für die Nahversorger im ländlichen Raum“ gegeben. Es ist eine bundesweite Fachtagung und Herr Hoffmann fragte, ob jemand aus der Stadtverwaltung ebenfalls dort hin fährt, so dass evtl. ein Fahrzeug gemeinsam genutzt werden könnte.

Des Weiteren sei ihm bekannt geworden, dass es im Jahr 2007 ein gewisses Staumanagement im Bereich des Kühnauer Sees gegeben hat, wo man versucht habe, im Bereich Kühnauer See, Bruchgraben künstlich anzustauen. Herr Hoffmann bemängelte, dass der Ortschaftsrat von dieser Aktivität nicht in Kenntnis gesetzt wurde.

In dem Zusammenhang regte **Herr Hoffmann** an, es mache vielleicht Sinn, in den Landschaftsplan, der 2002 im Stadtrat beschlossen wurde, hinein zu sehen. Hier zitierte Herr Hoffmann eine Passage zum Thema Salberghau: „Eine besondere Bedeutung kommt der Offenhaltung der Flutrinnen und Flutmulden zu. Diese haben als Hochwasserabflussbahnen, aber auch als Lebensräume eine besondere Bedeutung. Insgesamt sollten die Senken in den Auen erhalten werden, so dass in ihnen möglichst lange nach Hochwasser das Wasser verweilt und in das Grundwasser einsickert. Gräben, die diese Senken entwässern und an die Vorflut anbinden, sollten geschlossen werden. Dies gilt bspw. auch für die Gräben im Bereich Mückenberge und Oberbruch.“ Bevor also teure Konzepte entwickelt werden, sollte man sehen, welche Folgen unsere Beschlüsse haben, wie z. B. der Landschaftsplan.

An seine Anfrage vom 02.02.2011 zur Grundwassersituation erinnerte **Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**. Diese habe sich ja noch nicht weitgehend drastisch verbessert, obwohl einige wieder trockene Keller haben, jedoch ohne das Zutun irgendwelcher Maßnahmen. Letztmalig habe die CDU am Montag ein Bürger angesprochen, im Bereich Ziebigk gebe es noch feuchte Keller und der Beckerbruch führt noch hohes Wasser. Aus diesem Grunde fragte Herr Puttkammer, inwieweit dort Maßnahmen vorgesehen sind. Am Lork habe man erkennen können, dass bei zielgerichtetem Vorgehen der Wasserstand durchaus drastisch abnehmen kann.

Wenn man Vorsorge treffen will und Herr Puttkammer dann aus der Zeitung erfahre, dass Maßnahmen geplant sind, frage er, ob man darüber nicht schon im Stadtrat informieren könnte.

Es wurde eine schriftliche Beantwortung von **Herrn Beigeordneten Hantusch** zugesagt.

Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, gab zunächst eine Erklärung in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport ab. In der letzten Sitzung habe man sich darauf verständigt, am morgigen Tag eine Sondersitzung zum Thema Kulturentwicklungsplan durchzuführen. Da aus den bekannten Gründen kein diskutierbarer Vorschlag vorliegt, habe er sich mit seinem Stellvertreter, Herrn Hartmann, kurzgeschlossen. Man habe die Sitzung auf die planmäßige Sitzung am 23.03. vertagt. Dann soll auch nochmals die Thematik des Farbfestes diskutiert werden. Diese war durch die Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen worden, es gab aber die einheitliche Meinung der anwesenden Ausschussmitglieder, dass das Farbfest es durchaus verdient, durch die Stadt unterstützt zu werden.

Zum Kulturentwicklungsplan legte Prof. Schmidt dar, dass ihm und auch Herrn Hartmann vor allem drei Punkte wichtig seien.

1. Der Kulturentwicklungsplan müsse in Kooperation mit Verwaltung, Kunst- und Kulturakteuren und auch der Initiative „Land braucht Stadt“ und dem Kulturausschuss gemeinsam erarbeitet werden. Dazu ist es notwendig, die entsprechenden Strukturen zu schaffen.
2. Wichtig ist auch, dass es sich um einen offenen und strukturierten Prozess handelt, der durch einen erfahrenen Moderator über die gesamte Zeit begleitet wird. So werde eine größtmögliche Transparenz des Prozesses und eine umfassende Information und Einbeziehung der Bürgerschaft gewährleistet.
3. Es wird externer Sachverstand angesichts der personellen Situation der Stadtverwaltung benötigt, um ein hochwertiges Ergebnis des Kulturentwicklungsplanes zu erzielen. Damit wäre auch ein Vergleich mit anderen Kulturentwicklungsplänen und anderen Entwicklungen zum Thema Kultur in anderen Städten möglich.

Nach dieser Erklärung, warum es morgen keine Sondersitzung des Kulturausschusses gibt, richtete Prof. Schmidt noch folgende Fragen an den Beigeordneten Hantusch:

- Vor etwa einem dreiviertel Jahr wurde die Hauptsatzung geändert. Es gibt einen Wirtschafts- und einen Gestaltungsbeirat. Wann kommen die entsprechenden Beschlussvorlagen dazu in den Stadtrat?
- Im Stadtrat wurde beschlossen, dass die Junkalor-Hallen einen neuen Eigentümer gefunden haben und der Brandschaden der Hallen repariert werden soll. Im letzten Ausschuss war kontrovers diskutiert worden, ob es Sinn macht, den Schaden jetzt zu beseitigen. Herr Prof. Schmidt frage nun, wie der jetzige Erkenntnisstand der Stadtverwaltung zur Sanierung der denkmalgeschützten Junkalor-Halle ist.

Herr Beigeordneter Hantusch entgegnete, es werde derzeit die Satzung für den Wirtschaftsbeirat erarbeitet. Sie wird frühestens im April in den Wirtschaftsausschuss gehen. Zum Gestaltungsbeirat sei man mitten im Prozess und die entsprechende Beschlussvorlage werde im Mai in den Stadtrat eingebracht.

Bezüglich der Junkalor-Halle merkte Herr Hantusch an, man habe nochmals im Wirtschaftsausschuss darüber gesprochen, ob man insbesondere bei der Rundbogenhalle, nachdem sie ein zweites Mal gebrannt hat, darauf warten müsse, bis sie weitere Male gebrannt hat, dann habe sich die Frage erübrigt. Die Fragestellung wurde aufgeworfen, wann der jetzige Interessent den Kaufvertrag unterschreiben und dann die Halle nutzen wird. Dazu habe die Verwaltung einen Prüfauftrag bekommen, wozu es aber im Kern

nicht mehr kommen wird, weil der Käufer in den nächsten 14 Tagen den Kaufvertrag für die Rundbogenhalle unterzeichnen wird.

Hierauf betonte **Herr Prof. Schmidt**, es sei ein ähnliches Thema wie es heute schon einmal angesprochen wurde, dass Beschlüsse des Stadtrates umgesetzt werden müssen. Der Stadtrat hat beschlossen, das Grundstück zu veräußern und aus der Versicherungssumme der Stadt den Brandschaden zu reparieren. Richtig ist, dass der Bauausschuss nochmals diskutiert hat. Er gehe aber davon aus, dass man sich einig war, heute wissen zu wollen, wie es weiter geht. Der Punkt sei doch, dass Beschlüsse des Stadtrates umzusetzen sind.

Zum entstandenen Brandschaden erhielt **Herr Bekierz**, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, das Wort. Er führte aus, dass dem Beschluss folgend die Maßnahme ausgeschrieben wurde, nachdem der Gutachter die einzelnen notwendigen Schritte vorgelegt hatte. Sämtliche Angebote liegen vor und man lag direkt vor der Auftragsvergabe, als der zweite Brand aufgetreten ist. Nun sind die Schäden ineinander übergehend und die Reparatur des einen Schadens macht ohne die des anderen keinen Sinn. In der nächsten Woche erfolgt eine Abstimmung mit der Versicherung zur Handhabung des zweiten Schadens. Dann sei man möglicherweise ab nächster Woche in der Lage, die Aufträge zu erweitern und die Gesamtschadensbehebung zu beauftragen. Im letzten Bauausschuss habe man jedoch abgestimmt, dass man nach Sammlung aller Informationen, die wir einholen, diese im Bauausschuss vorstellen, um ein letztes Votum, wie man damit umgehen soll, einzuholen. Momentan gehe Herr Bekierz davon aus, wenn es nicht wesentlich neue Erkenntnisse gibt, wird der vorliegende Beschluss nun kurzfristig 1:1 umgesetzt.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, wies zunächst darauf hin, dass Beschlüsse des Stadtrates umzusetzen sind, so lange sie sinnvoll sind. Wenn es neue Sichtweisen gebe, müsse man sich neu befinden. Insofern ist das, was im Bauausschuss zur Rundbogenhalle vorgetragen wurde, schon eine Überlegung wert und man sollte das Ergebnis abwarten.

An den Oberbürgermeister gewandt, widersprach **Herr Otto** diesem zu seiner Aussage. Im Aufsichtsrat des MVZ wurde kein Beschluss gefasst, einen Variantenvergleich herzustellen. Ein dahingehender Beschlussantrag von Herrn Giese-Rehm wurde nicht bestätigt, nachdem Herr Otto verdeutlicht hatte, dass man einen Investor nicht 1 ½ Jahre in eine Richtung arbeiten lassen kann und es Absprachen mit der Klinikleitung gab. Im Protokoll dieser Sitzung wurde seine Gegenrede nicht festgehalten, wozu er sich Schritte vorbehalte, es habe jedoch noch keine neue Sitzung des Aufsichtsrates stattgefunden. Herr Otto bedaure, dass man zu solchen Maßnahmen greifen müsse und man hier manipuliert werden soll.

Im Nachgang der letzten Aufsichtsratssitzung habe es nochmals durch Herrn Kolze, Herrn Schönemann und Herrn Otto mit der Klinikleitung ein Gespräch gegeben, in dem von der Klinikleitung die alte Auffassung bekräftigt wurde. Im Moment sei es so, dass der Investor beklagt, vom Klinikum nicht die Beschreibung für das MVZ zu erhalten, die er für die Baugenehmigung benötigt. Das Klinikum sagt wiederum, er könne diese Beschreibung erst bekommen, wenn der Stadtratsbeschluss vorliegt. Dieser Widerspruch muss geklärt werden, insofern war die Anfrage von Herrn Schönemann berechtigt.

Auf die Anfrage von Herrn Puttkammer betreffs des Beckerbruchs kam **Herr Trocha, CDU-Fraktion**, zurück. Dass darauf schriftlich geantwortet werde, wie Herr Hantusch zusagte, könne nicht akzeptiert werden. Wenn er sich richtig erinnere, habe Herr Stadtrat Hoffmann bereits in der letzten Stadtratssitzung zur Thematik angefragt, worauf es eine schriftliche Antwort gab. In dieser Antwort wurde eine Umsetzung versprochen, was aber lt. Aussage des Bürgers, der in der CDU-Fraktion vorgeschrieben hatte, nicht geschehen ist.

Im Auftrag des Beigeordneten Hantusch beantwortete **Frau Dorn, Abteilungsleiterin Sonderstab Wasserbau/Hochwasserschutz**, die Anfrage. Sie erklärte zum Beckerbruch, dass in dieser Woche eigentlich die nächste Spülung des letzten Durchlasses zwischen Beckerbruch und Wallwitzsee stattfinden sollte. Darin liege wahrscheinlich die Ursache, dass der Beckerbruch nicht abfließen kann. Bisher wurde mit den zur Verfügung stehenden Mitteln per Hand versucht, Abhilfe zu schaffen, was nicht erreicht wurde. Der Auftrag wurde nun an Exrohr erteilt, sie wollten eigentlich heute mit einem großen Fahrzeug mit den Arbeiten beginnen, es sei aber ein Spülkopf defekt geworden. Wann und wie nun die Arbeiten erfolgen, könne Frau Dorn frühestens morgen sagen. Definitiv werde in den kommenden Tagen etwas unternommen, über das Ergebnis könne sie aber noch nichts sagen.

Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke, bezog sich auf die ausgereichte Information zu den Baumaßnahmen, Seite 5, zu UNESCO Weltkulturerbe Georgengarten. Hier heißt es, dass der Förderbescheid über die Bundesmittel im November 2009 überreicht wurde und die erste Umsetzung ab Ende August u. a. entlang der Querallee erfolgt. Nun frage sie sich, was dort bereits jetzt geschieht.

Insbesondere zur Querallee führte Frau Sanftenberg aus, dass vor etwa 1 ½ Jahren diese Straße schon einmal bearbeitet worden war. Inzwischen ist ihr Zustand wie zuvor, mit zahlreichen Löchern. Jetzt soll wieder daran gearbeitet werden. Wenn wieder das gleiche Ergebnis erzielt wird, sei das vergeudetes Geld und Frau Sanftenberg fragte, was man dort eigentlich erreichen will.

Diese speziellen Detailfragen müssten schriftlich beantwortet werden, sagte **Herr Beigeordneter Hantusch** zu.

Zu den aus den Wortmeldungen noch offenen oder nicht ausreichenden Beantwortungen stellte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** fest, es war die Frage nach den Zuarbeiten aus den Dezernaten außer Dez. VI für die Prioritätenliste gestellt worden. Oberbürgermeister Koschig hatte auf die Zuarbeit aus seinem Dezernat verwiesen. Bei den anderen Dezernaten stehe die Frage noch im Raum.

Frau Beigeordnete Nußbeck merkte an, es sei abgestimmt, dass alle Dezernate zuarbeiten, wonach **Dr. Exner** schlussfolgerte, dass die heute vorliegende Prioritätenliste mit allen Dezernaten abgestimmt wurde.

Ergänzend erklärte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**, es gebe Prioritäten, die durch das Dezernat VI vorgeschlagen wurden, inhaltlich aber andere Dezernate betreffen. Das sind die Baumaßnahmen, bei denen das Dezernat VI quasi Dienstleister ist, also für uns baut. Das betrifft im Dezernat V die Schulen, Kindereinrichtungen u. Ä. Es gibt auch Übereinstimmung im Haus, dass diese Prioritätenreihe keine Zuständigkeit

des Dezernates VI ist. Also über die Prioritäten der Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Kindergarten- und Jugendbereich, im Bereich von Begegnungsstätten oder Schulen entscheidet natürlich das Fachamt in Abstimmung mit dem jeweiligen Ausschuss.

Weiterhin gebe es investive Maßnahmen, bei denen Herr Dr. Raschpichler nicht weiß, ob man darüber noch nachdenken kann, die mit Bauen nichts zu tun haben. Das betrifft die Schulausstattung mit Mobiliar. Hier werden das jeweilige Fachamt und der jeweilige Fachausschuss die Schwerpunkte setzen. Im Bereich Kultur werde es immer wieder Fragen geben, ob es Möglichkeiten der Anschaffung von Kulturgütern gibt. Solche Dinge sind im Fachamt mit dem Fachausschuss zu besprechen. Insofern ist die Liste des Dezernates VI eine Vorschlagsliste, die natürlich in den jeweiligen Fachämtern unter setzt wird. Die Hauptlast der investiven Maßnahmen im Bereich des Dezernates V trägt natürlich auch das Dezernat VI.

Mit der Beschlussvorlage des Dezernates VI zur Vorgehensweise habe man eine Arbeitsrichtung mit einer terminlichen Abfolge, stellte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, fest. Damit es einen Sinn habe, müsse alles miteinander abgestimmt sein, weshalb Herrn Schönemann schon interessiere, wann das Ziel erreicht sein soll, dass die Zuarbeit erfolgt ist und die sachlich fachliche Arbeit in den Ausschüssen begleitend stattfinden kann.

Herr Schönemann wurde seitens des **Vorsitzenden des Stadtrates** angemahnt, dass die Fragestellung nunmehr ausufere. Es gebe zur Thematik einen Tagesordnungspunkt, der zu einem späteren Zeitpunkt im Punkt 7.6 anberaumt ist. In dem jetzt laufenden Tagesordnungspunkt könne nicht schon vorberaten werden. Seine losgelöste Anfrage ist zwischenzeitlich seitens der Verwaltung beantwortet worden.

Durch **Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurden zwei Anfragen gestellt.

1. Wie ist der Stand der Verhandlungen mit der Bürgerinitiative Hagenbreite?
2. Im Interventionsgebiet südliche Innenstadt, sprich am Leipziger Tor häufen sich derzeit wieder die Beschwerden über Jugendgruppen, die sich vor allem in den Nachmittagsstunden in der Passage oder im Einkaufszentrum am Leipziger Tor aufhalten. Es ist relativ schwierig, jemanden im Jugendamt bei den Streetworkern zu erreichen. Sie frage deshalb, ob es Überlegungen gibt, diesen Bereich aufzustocken?

Darauf antwortete **Beigeordneter Dr. Raschpichler**, natürlich werde man bestimmte Auffälligkeiten in der Entwicklung der Stadt in die Jugendhilfeplanung einfließen lassen. Des Weiteren bekommen wir mit dem Kompromiss zu Hartz IV als Kommune auch die Möglichkeit, verstärkt über Schulsozialarbeit u. Ä. in eigener Zuständigkeit zu befinden. Hier sei man ganz am Anfang. Inwieweit das zu einer dauerhaften Entschärfung in bestimmten Konfliktsituationen führen kann, vermag er jetzt nicht zu sagen.

Das Ergebnis der heutigen Beratung könne er noch nicht mitteilen, führte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, in Beantwortung der Anfrage von Frau Grabner zur Hagenbreite aus. Die Beratung findet fast zeitgleich mit dieser Stadtratssitzung statt. Mit dem Sprecherrat der Bürgerinitiative habe man am 25.01. das Grundsatzproblem gelöst, habe eingekreist die Straßenbeleuchtung, dass sie nach dem Straßenausbaubeitragsrecht abzurechnen ist, weil sie keine Ersterschließung ist, haben uns verständigt über die Straßengeometrie - hier gab es die eindeutige Meinung, dass es kein Einbahn-

straßensystem sein soll. Die Schmutzwasserentsorgung, die durch die DESWA ausgeführt wird, war auch unstrittig. Das offene Problem war noch die Regenentwässerung der Straße. Hier war die Frage, ob erstmalige Erschließung. Es wurde aus der Erinnerung zugearbeitet, dass ein Grabensystem die Straßenräume in der Hagenbreite entwässert hat. Es wird z. Z. geprüft, ob dies den Kriterien entspricht zur Entscheidung Erschließung oder Ausbau. Die Bürgerinitiative hatte sich 4 bis 6 Wochen ausbedungen, heute sind es 4 Wochen. Es gab Signale, dass sie selbst noch nicht fertig sind, die Planung der Regenentwässerung zu überprüfen und mit Fachplanern zu besprechen. Parallel dazu habe natürlich das Tiefbauamt weiter gearbeitet, weil es bisher nur die Vorplanung als Planungsstand gab und man müsse nun in die Ausführungsplanung gehen. Diese wurde mit der DESWA angearbeitet vorbesprochen und es zeichneten sich durchaus Möglichkeiten der Einsparung an, die heute diskutiert werden sollten. Tatsache ist, dass man nicht mehr allzu lange warten sollte, um zu einem Ergebnis zu kommen. Die Stimmung in der letzten Beratung war sehr sachlich und konstruktiv, so dass Herr Pfefferkorn dies von der heutigen Beratung auch erhoffe.

Frau Lohde, CDU, richtete sich nochmals an Herrn Hantusch, da er offensichtlich nicht die Absicht habe zu reagieren. Es sei kein Umgangston, den er als Vorgesetzter pflege. Sie habe den Eindruck gewonnen, dass es bei seiner sehr geringschätzigen Bemerkung „irgendeiner Mitarbeiterin der Verwaltung“ um die Leiterin unserer Anhaltischen Landesbibliothek ging. Sie bat Herrn Hantusch, Frau Schneider von ihr auszurichten, dass sie diese Arbeit nicht für irgendeinen Dezernenten tut, sondern für die Dessauer Bürger und dass sie diese Arbeit verdammt gut tut.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, so dass der Tagesordnungspunkt durch den Stadtratsvorsitzenden geschlossen wurde.

7. **Beschlussfassungen**

7.1 **Mitarbeit der Stadt Dessau-Roßlau in der Arbeitsgemeinschaft "Ländlicher Raum"**

Vorlage: DR/BV/549/2010/I-12

Eingangs teilte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** mit, dass ein Änderungsantrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen vorliegt, die Personenvorschläge „Ralf Schönemann“ und „Dr. Ralf-Peter Weber“ gegeneinander auszutauschen.

Begründend führte **Herr Giese-Rehm** aus, dass Herr Dr. Weber als Leadermanager für die Region im Bereich als ausgewiesener Fachmann arbeitet. Wenn wir als Stadt in dem Bereich vertreten werden sollen, wäre es gut, wenn diese Kenntnis genutzt werde.

Vorsorglich machte **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, darauf aufmerksam, dass Herr Dr. Weber hauptberuflich in der Region mit diesem Projekt beschäftigt und deshalb ausgeschlossen ist, Vertreter der Stadt zu sein.

Seitens der Stadtverwaltung sind keine Hinderungsgründe bekannt, erklärte **Herr Dr. Exner** und brachte den Änderungsantrag zur Abstimmung. Der Antrag wurde mit 25:19:02 Stimmen angenommen. Somit lautet der entsprechende Satz im Beschlussvorschlag:

*„Als Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau werden die Mitglieder des Stadtrates Herr Frank Rumpf und Herr Dr. Ralf-Peter Weber sowie deren Vertreter Herr Ralf Schöne-
mann und Frau Christa Müller in der Arbeitsgemeinschaft „Ländlicher Raum“ mitarbei-
ten.“*

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, stellte den Antrag an die Verwaltung, nach der Ge-
meindeordnung überprüfen zu lassen, ob Herr Dr. Weber berechtigt ist, die Stadt zu
vertreten. Sie selbst schätze Herrn Dr. Weber sehr, wolle aber eine evtl. Befangenheit
ausgeschlossen wissen.

Die Verwaltung sei nicht verpflichtet, eine Prüfung vorzunehmen, werde es aber auf-
grund des Antrages selbstverständlich tun, erwiderte **Oberbürgermeister Koschig**.
Ansonsten müsste sich der Betreffende immer selbst befangen erklären.

Der Beschluss zur Mitarbeit der Stadt Dessau-Roßlau in der Arbeitsgemeinschaft
„Ländlicher Raum“ wurde geändert gefasst.

Abstimmungsergebnis: 25:15:06

7.2 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/021/2011/II-EB

Der Beschluss zur Vorlage wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

7.3 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2009 Vorlage: DR/BV/022/2011/II-EB

Die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtpflege wurde einstimmig
ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

Frau Beigeordnete Nußbeck sprach an Frau Moritz, Leiterin des Eigenbetriebes, ein
herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit aus.

7.4 Neuordnung der Schulbezirke Vorlage: DR/BV/546/2010/V-40

Durch **Herrn Beigeordneten Dr. Raschpichler** erfolgte ein formeller Hinweis. Aus dem
Kulturausschuss kam die Bitte, die Schulbezirke kartografisch zu hinterlegen, was er-
folgte. Gleichzeitig wurden zwei Änderungen beigefügt, welche einer Aktualisierung
entsprechen. Diese sind in der aktualisierten Vorlage fettgedruckt dargestellt. Sie haben
aber keine Auswirkungen auf Schülerströme o. Ä.

Da es sich nur um die Neuordnung von 4 Schulbezirken handelt, hätte er als Titel der Vorlage „Neuordnung **von** Schulbezirken“ besser befunden, merkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, für ihn sei die Vorlage eindeutig und abstimmungsfähig. Er mahnte an, im Rahmen der Existenz quartiersbezogener Standorte wohlweislich zu überlegen, welche Strukturen favorisiert werden sollen.

Der Beschluss zur Neuordnung der Schulbezirke wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

**7.5 Fortschreibung der Jugendhilfeplanung der Stadt Dessau-Roßlau, Teilplan "Familienunterstützende und -ersetzende Hilfen"
Vorlage: DR/BV/526/2010/V-51**

Zu dieser Vorlage gab Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler den Hinweis, dass aus den vorausgegangen Beratungen des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und des Jugendhilfeausschusses redaktionelle Hinweise aufgegriffen und eingearbeitet wurden. Aus diesem Grund gibt es auch hier eine Fortschreibung der Vorlage aus den Ausschüssen.

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

**7.6 Prioritätenliste der Investitionsvorhaben für die Jahre 2011 bis 2017 aus dem Dezernat VI
Vorlage: DR/BV/038/2011/VI-63**

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner richtete sich an Herrn Beigeordneten Hantusch und informierte darüber, vor seiner Ankunft an Herrn Meister die Bitte herangetragen zu haben, eine Änderung des Titels der Beschlussvorlage vorzunehmen. Er soll lauten:

„Entwurf der Prioritätenliste der Investitionsvorhaben für die Jahre 2011 bis 2017 aus dem Dezernat VI zur Verweisung in die Fachausschüsse“

Dies sei zur Präzisierung der Suchkriterien im Ratsinformationsprogramm angeraten, um den Entwurf und die dann zu einem späteren Zeitpunkt zu beschließende Prioritätenliste zu unterscheiden.

Die Änderung des Titels wurde seitens des **Beigeordneten Hantusch** akzeptiert. Herr Hantusch nahm gemeinsam mit Herrn Meister eine Einführung in die Vorlage zur Prioritätenliste vor.

Eingangs ging Herr Hantusch auf die Frage ein, ob in der Vergangenheit alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Es sei ein schwieriger Transformationsprozess gewesen, geprägt von vielen Förderprogrammen, hohen Förderquoten aber auch hohem Bevölkerungsverlust. Im Vergleich zu anderen Städten haben wir eine geringe Finanzkraft und eine hohes kulturelles Erbe. Es wurde keine Verjüngung der Gesellschaft erreicht.

In der Zukunft müsse man sich frühzeitig auf bestimmte Prozesse einstellen. Lt. Deubel-Gutachten werde es in 9 Jahren weniger Subventionen im Land geben, Dessau-Roßlau verliert in den nächsten 15 Jahren ca. 18.000 Einwohner. Die Stadt habe sich zum Entschuldungsprogramm STARK II bekannt, werde eine geringere Ausstattung der Förderprogramme, geringere Förderquoten, geringere Steuereinnahmen, einen hohen Altersdurchschnitt und hohe Soziallasten haben.

Ziele sind, die oberzentrale Funktion und die Finanzkraft zu erhalten, nachhaltige Wirtschaftszweige aufzubauen, das Stadtzentrum und die Stadt lebens- und liebenswert zu gestalten. Das sind enorme Herausforderungen und man müsse Kooperationsmodelle mit dem Umland entwickeln. Die Stadt ist zukunftsfähig zu machen, wozu wir eine hohe Anpassungskompetenz brauchen. Gemeinsam ist die Zukunftsgestaltung durch Konzepte, Ideen und Konkretes zu unterlegen. Herr Hantusch nannte die SWOT-Analyse und das Leitbild. Aus letzterem sei bereits herauszulesen, wo die Prioritäten liegen.

Heute wolle man über das Verfahren zur Prioritätenliste, nicht über Projekte im Einzelnen reden. Um auf die Frage nach Zuarbeiten aus den Dezernaten einzugehen, merkte Herr Hantusch an, es sei hier nur der investive Bereich enthalten. Natürlich gehe es auch um die Fragen, was soll mit der Jugend gemacht werden oder im Sozialbereich, was machen wir mit den Vororten und wie ist die Versorgung in den Ortsteilen sicherzustellen.

Das Leitbild wurde am 2. Februar 2011 beschlossen. Heute unterhalte man sich über das Verfahren der Umsetzung. Im Dezernat habe man den Veränderungsdruck erkannt und man wolle ihn noch steigern, da man im ständigen Wettbewerb mit anderen Kommunen stehe.

Im bisherigen Verfahren wurden die Investitionsprojekte im Wesentlichen bereits im Zuge der Haushaltsberatungen im Haupt- und Personalausschuss und Finanzausschuss beschlossen. Die Fachausschüsse wurden noch nie richtig beteiligt und es hat keine konkrete Auseinandersetzung mit der Zukunft gegeben. Für eine nachhaltige, zukunftsfähige Gestaltung dieser Stadt brauchen wir das Know-how der Fachausschüsse. Dadurch erreichen wir inhaltliche/sachliche, wirtschaftliche und politische Gestaltungsmacht, Erhöhung von Einfluss und Steuerungsmöglichkeiten. Letztendlich werde mit der Liste klar, was in den nächsten 5 Jahren erreicht werden soll. Es wird ein rechtzeitiges Erkennen und Handeln als Impulsgeber für den zukünftigen Erfolg in dieser Stadt möglich.

Im Dezernat VI habe man seit 4 bis 6 Monaten an der Liste gearbeitet, schloss **Herr Beigeordneter Hantusch** seine Ausführungen. Sie wurde noch nicht mit den übrigen Dezernaten abgestimmt, weil es Sinn macht, erst über das Verfahren einig zu werden. Die Abstimmung wird in den nächsten 6 bis 8 Wochen erfolgt sein. Die Prioritätenliste enthalte jedoch eine Realitätsquote von etwa 90 %. Heute gehe es nicht um die Projekte in der Prioritätenliste, sondern um das Verfahren, weshalb es auch keine Beantwortung von Fragen zu einzelnen Projekten geben kann. Es sei Herrn Hantusch demnach wichtig erschienen, dass die Stadträte frühzeitig über die Liste verfügen. Es gehe um Transparenz und ein neues Instrument und Verfahren, um das abstrakte Leitbild mit Leben auszustatten.

Im Weiteren stellte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, die Investitionen des Dezernates VI dar. Dabei handelt es sich um sehr notwendige Investitionen in den Bereichen

- Grund-, Hoch- und Regenwasser
- Wirtschaft und Handel
- Tourismus
- Straßen und Brücken
- Klimaschutz (welcher Nachhaltigkeit bedeutet)
- Städtebau, Wohnen und Daseinsvorsorge (es stehe die Aufgabe, die Stadt wohnenswert zu gestalten)
- Denkmäler
- Vertraglich gebundene Projekte (bspw. Ringschule, Meisterhäuser)
- Schulen und Kindertagesstätten
- Sicherung oberzentraler Funktionen (Kultur, Sport ...)

Herr Meister betonte, es werden verantwortungsbewusste Entscheidungen unter den Gesichtspunkten Nachhaltigkeit, Zukunftsorientierung und finanzielle Machbarkeit gebraucht. Anhand von Grafiken erläuterte er die Entwicklung der Investitionen des Investplanes sowie die Eigenmitteldarstellung Dez. VI jeweils beginnend 2005. Bei den Eigenmitteln des Dezenates VI werde angenommen, dass etwa 2,5 Mio. EUR in Zukunft zur Verfügung stehen. Damit sei die Refinanzierung der Fördermittel gesichert, man müsse aber sehen, welche Objekte tatsächlich realisiert werden können.

In der Liste wurden die Investitionen in verschiedene Kategorien eingeteilt:

Kategorie 1 - Projekte, in denen wir bereits investiv tätig sind, Bauaufträge bereits ausgelöst sind oder vertragliche Bindungen bestehen. In 2011/2012 ist ein Eigenmittelbedarf von ca. 2 Mio. € vorhanden. Für den Zeitraum von 6 Jahren rede man bereits um benötigte Eigenmittel von durchschnittlich 1,4 Mio. €

Herr Hantusch ergänzte hier, bei Annahme von 2 Mio. € würden 2015 nur noch 600 T€ Eigenmittel zur Verfügung stehen. Gehe man also davon aus, dass uns 2,5 Mio. € durchschnittlich zur Verfügung stehen, fuhr **Herr Meister** in seinen Erläuterungen fort, hätte man noch eine Möglichkeit der Diskussion von Objekten, die sich in diesem Rahmen befinden.

Am Beispiel von drei Projekten, die besonders bei Eigenmitteln relevant sind, stellte Herr Meister dies vor. Bei bestimmten Projekten werden die Möglichkeiten bereits weit ausgefüllt, bei der Ostrandstraße sei man über 6 Jahre betrachtet bereits bei 1,75 Mio. € Kommt noch das Besucher- und Ausstellungszentrum hinzu, sei man durchschnittlich bereits bei 2 Mio. € Maßnahmen am Industriehafen in Roßlau noch hinzu gerechnet, ist das ein Eigenmittelbedarf von 2,2 Mio. €. Alle anderen Projekte, die er eingangs erwähnt habe, seien darin noch nicht berücksichtigt.

An dieser Stelle (Redezeit **25 Minuten** - lt. Geschäftsordnung 10 Minuten zur Begründung!) unterbrach **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Er **mahnte an**, den Rahmen nicht zu überzeichnen und stringent die **Einführung zu Ende zu führen**.

Herr Meister verwies auf eine Denkmalliste, welche die erfassten Projekte (110) beinhaltet. Bei dieser Liste habe man sich bereits eine Priorität vorgegeben. So stelle man sich auch die Prioritätenliste vor, die letztendlich mit dem Stadtrat gesamtheitlich be-

sprochen werden soll. Schlussfolgernd erklärte Herr Meister, es besteht die Notwendigkeit der Abwägung einzelner Investitionen, wobei bestimmte Bedingungen zu berücksichtigen sind, wie dringender Handlungsbedarf oder Fördermittelbedingungen. Dies beinhaltet eine gewisse Komplexität, die einer entsprechenden Darstellung bedarf.

Die Liste selbst beinhalte wesentlich mehr Informationen, als bereits zugearbeitet wurden. Jedes Projekt wurde im Einzelnen in Jahresscheiben geteilt, gesagt, was kostet es im Jahr, welche Eigenmittel gibt es, welche Fördermittel brauchen wir und wie viel Drittmittel. Dann wurden die Eigenmittel miteinander kumuliert und man kann genau sagen, welche Investitionen können evtl. in den nächsten 6 Jahren und welche können nicht realisiert werden. Wenn neue Projekte hinzukommen oder eine andere Wichtung erfahren, müsse man darüber genau diskutieren, weil dann andere herausfallen.

Man will sich bei der Prioritätenliste auf nachhaltige, zukunftsorientierte Projekte konzentrieren, Planungs- und Finanzierungssicherheit erhalten, punktgenaues Fördermittelmanagement und Steigerung der Bearbeitungseffektivität erreichen. Nunmehr will man in den entsprechenden Ausschüssen die Liste vorstellen, einzelne Projekte durchgehen und die Diskussion führen, schloss **Herr Meister** seine Ausführungen.

Im Anschluss an die Einführung erteilte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** zunächst Herrn Ehm das Wort.

Herr Ehm, CDU-Fraktion, nannte als Mangel der gesamten Ausführungen, dass 15 Ortschaftsräte nicht beteiligt wurden.

Darauf entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**, es geht heute hier um das Verfahren. Wenn man sich ein Bild machen will, wie die endliche Liste aussehen soll, werden natürlich die Ortschaftsräte irgendwie beteiligt, ebenso wie die Fachausschüsse. Es geht heute nicht um die Projektliste.

Frau Lohde, Mitglied der CDU, betonte, die heute durch Herrn Hantusch gemachten Bemerkungen seien wirklich grenzlastig und zeugten von einer ziemlichen Arroganz. Sie zitierte ihn: „Mancher meint, das Leitbild sei nicht lesbar, aber man muss das Leitbild nur lesen können.“ Den heutigen Beschlussvorschlag zitierte Frau Lohde: „Der Prioritätenvorschlag wird ...zur Diskussion in die entsprechenden Fachausschüsse verwiesen.“ Man müsse auch Beschlussvorschläge formulieren können, merkte Frau Lohde an, da dies ein nüchterner Rückverweisungsantrag sei und mehr nicht. Herr Hantusch erhalte heute also keine Zusage für irgendwelche Konzepte.

Man könne bei einer Wortwahl durchaus unterschiedlicher Meinung sein, stellte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, seinen Ausführungen voran, dennoch sollte man des Öfteren zu Ende denken, dann könne man vielleicht mehr gewinnen, als jemanden zu verletzen oder etwas zu zerstören. Es sei heute auch nicht Thema, was Herr Ehm gesagt hat, jemanden nicht oder unangemessen zu beteiligen. Die **Fraktion Die Linke** haben zu der Vorgehensweise bei der Prioritätenliste Einvernehmen herstellen können, da es lange Wunsch war, in politischen Sachentscheidungen nach Prioritäten auszuwählen und das im Gesamtzusammenhang mit allen zu betrachtenden Komponenten.

Das Problem sei, dass diese Stadt in ihrer Komplexität an vielen Stellen erheblich unterschätzt wird. Von einem harmonischen Zusammenarbeiten aller Dezernate zu Sach-

entscheidungen und dass am Ende auch alle Fachbereiche zueinander stehen und beschlusskonform einheitlich nach außen eine Meinung vertreten, davon sind wir noch ein Stück weit weg. Als ein positives Beispiel nannte **Herr Schönemann** das Schulamt, welches mit seinem Schulentwicklungsplan bereits seit Anfang der 90er Jahre nach solchen Prioritätensetzungen gearbeitet hat. Es hat konfliktfrei gearbeitet, trotz mancher Problematik in den Quartieren.

Er glaube, die Stadträte können mit der Liste umgehen und sind kompetent genug, teilte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, mit. Es ist gut, dass es eine solche Liste gibt, man habe eine Entscheidungsmöglichkeit für die künftige Arbeit in die Hand bekommen. Voraussetzung ist, dass man sich in den Ausschüssen intensiv damit auseinandersetzt. Das ist eine wichtige Aufgabe für die nächsten Wochen und Monate. Wichtig sei ihm, dass man die Objekte in der Liste kenntlich macht, woran schon gearbeitet wird, wo der Vorbereitungsstand so weit ist, dass sie unumstößlich sind.

Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, sich in der Fraktion mehr mit sozialen und kulturellen Themen zu befassen. Die vorliegende Prioritätenliste zielt nur auf bauliche Dinge ab. Wie auch schon Herr Schönemann zum Ausdruck brachte, wünsche sie sich ein ganzheitliches Konzept der Prioritätensetzung für die Stadt. Für Frau Grabner fehle eindeutig der Sozialbereich.

Auf den Redebeitrag von Herrn Hartmann antwortend, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass alles, was im Moment laufe, Priorität 1 sei. Hieran könne nichts geändert werden. Des Weiteren stellte er klar, dass es sein eigener Wunsch war, dass die Liste, auch wenn sie noch nicht abgestimmt ist, heute mit ausgereicht wurde.

Die Frage, was eigentlich der rationale Kern der Vorlage sei, stellte **Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, voran. In den letzten 14 Jahren, in denen er im Stadtrat mitarbeite, habe man auch nicht unverantwortlich gehandelt. Es gab auch schon andere Prioritätenlisten: Energetische Sanierung - das Konjunkturpaket II ist genau deshalb so gut angelaufen, weil es eine Vorarbeit gab. Herr Bekierz habe bereits 2008 im Bauausschuss diese vorgestellt. Auf Initiative auch der CDU-Fraktion gab es schon zum Straßenbau entsprechende Listen. Es ist also nicht völlig neu.

Neu ist, dass wir künftig weniger Geld zur Verfügung haben zur Kofinanzierung von Fördermitteln oder zur Kofinanzierung von Investitionen. Deshalb ist es auch richtig, genau zu sehen, dass man auch das Richtige macht. Bei der Prioritätenliste gibt es insgesamt 12 Themenkomplexe, die wichtig sind. Da stelle sich die Frage an den Einreicher, diese 12 Punkte werden mit zwischen 2 bis 9 Zeilen abgearbeitet, mit Ausnahme des Straßenbaus, welcher mit 23 Zeilen deutlich überrepräsentiert sei.

Wenn man von integriertem Handeln spreche, ist auch ein integriertes Handeln der Stadtverwaltung vorauszusetzen. Die Dezernate müssen untereinander ihre Prioritäten auf den Tisch legen und sie auch gemeinsam diskutieren und das Ergebnis den Stadträten vorlegen. Deshalb, so **Herr Prof. Schmidt**, gab es den Antrag von Herrn Giese-Rehm, das heute nochmals von der Tagesordnung abzusetzen. Prof. Schmidt führte Beispiele der Prioritäten aus dem Kulturbereich an. Im letzten Kulturausschuss habe man über das Thema Archive gesprochen. Das Thema Archiv ist in der Liste gar nicht enthalten, das sei eine Pflichtaufgabe und es muss etwas passieren. Die dezernatsübergreifende Abstimmung muss also erfolgen, bevor die Ausschüsse beteiligt werden.

Sich auf die Liste beziehend, wies Herr Prof. Schmidt auf einige Fehler hin. Herr Hantusch habe gesagt, dass eine SWOT-Analyse beschlossen wurde, woran sich Prof. Schmidt nicht erinnern könne. Diese müsse erst einmal im Stadtrat vorgestellt werden, da sie die Grundlage sei. In der Prioritätenliste gibt es eine Position 43, Achse Bahnhof zum Stadtpark. Diese wird als unabänderlich dargestellt. Ihm sei nicht bekannt, dass es einen Maßnahmebeschluss gibt. Im letzten Bauausschuss habe er gefordert, dass überhaupt einmal die Planung vorgestellt wird. Weitere Positionen sind zweimal in der Prioritätenliste enthalten (Nr. 98 und 205 - Radwege Albrechtstraße). In der Vorlage steht, dass die Überweisung in den Wirtschafts- und den Bauausschuss erfolgen soll, eigentlich müsse sie in alle Ausschüsse gehen. **Prof. Schmidt** stellte den **Antrag**, die **Vorlage an die Verwaltung zurück zu überweisen**, dass sie dezernatsübergreifend abgestimmt wird und dann die einzelnen Fachausschüsse damit befasst werden.

Den **Antrag auf Schluss der Debatte** stellte **Herr Otto**, Fraktion Pro Dessau-Roßlau. Das Thema sei so komplex, dass wir noch Stunden diskutieren müssten, um es umfassend zu diskutieren. Das sollte in den Ausschüssen passieren. Die Verwaltung habe eine Vielzahl von Hinweisen erhalten. Es ist eine in Fleißarbeit erstellte Grundlage vorhanden, darauf sollte aufgebaut und in Sonderausschusssitzungen zum Thema beraten werden.

Als **Änderungsantrag** stellte **Herr Schönemann**, Fraktion Die Linke, die Vorlage in **alle** Ausschüsse zu verweisen.

Der **Stadtratsvorsitzende**, **Herr Dr. Exner**, wies auf den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte hin und stellte fest, dass auf der Rednerliste noch Frau Storz, Herr Weber, Herr Dr. Neubert sowie Herr Hantusch stehen. Dr. Exner brachte den **Geschäftsordnungsantrag** zur Abstimmung, er wurde mit deutlicher Mehrheit **angenommen**.

Entsprechend der noch vorliegenden Rednerliste erhielt zunächst **Herr Beigeordneter Hantusch** das Wort. Er ging auf den Widerspruch von Prof. Schmidt ein. Es sei richtig, dass es vorher Planungen gab, aber hier werden alle Planungen der Stadt im investiven Bereich zusammengeführt. Das mache den Unterschied aus. Es ist sehr wohl richtig, dass wir, um das Verfahren zu beschleunigen, nicht weiter in den Fachausschüssen behandelt haben. Natürlich werde diese Liste verwaltungsintern intensiv abgestimmt und danach in die Fachausschüsse gegeben.

Frau Storz, **SPD**, verwies auf Seite 7 der Vorlage. Unter Pkt. 3 wird ein ganz neuer Weg beschrieben. Frau Storz zitierte den ersten Absatz dieses Punktes. Im Prinzip werde hier vorgeschlagen, eine Budgetierung in der Verwaltung vorzunehmen. Dies habe man bisher nicht gehabt und auch darüber sollte beraten werden.

Die enorme Fleißarbeit der Bauverwaltung wurde auch durch **Herrn Weber**, **CDU-Fraktion**, hervorgehoben. Dennoch müsse Kritik ausgesprochen werden. Herr Weber richtete sich an Herrn Otto und merkte an, er und Herr Gröger hätten auch solch ein Papier schon in diesem Umfang vorlegen müssen, dann hätte es die Haushaltsberatungen erleichtert.

Die vorliegende Liste könne heute beschlossen werden oder auch nicht, erklärte **Herr Weber**. Die Not und der Mangel in dieser Stadt, die mangelnden Investitionen, der In-

vestitionsstau, der in den letzten 15 Jahren aufgehäuft wurde, werden zwangsläufig dazu führen, dass wir noch innerhalb des nächsten halben Jahres mindestens aus dem oberen Bereich dieser Prioritätenliste gravierende Änderungen vor uns sehen werden, weil zwingende Maßnahmen vorgezogen werden. Wir werden wieder bei Einzelmaßnahmen weitermachen und einen solchen Plan nicht umsetzen. Lobenswert sei aber, dass die Verwaltung von sich aus sagt, was sie nur noch planen will, nämlich nach dieser Reihenfolge. Auch das war eine Forderung seiner Fraktion seit vielen Jahren.

Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion, verwies nochmals darauf, was diese Vorlage eigentlich sein will. Es geht um ein Verfahren, was man bisher so nicht verfügbar hatte. Es geht um Investitionen, in die solche aus dem Kultur- und Sozialbereich natürlich involviert sind, selbst wenn noch nicht alle Abstimmungen erfolgt sind. Diese sollen aber in 4 - 6 Wochen erzeugt werden können. Auf dieser Grundlage soll dann vorgelegt werden, was Beratungsgegenstand, nicht Beschlussgegenstand sein soll. Das Ganze wird in einer Eindeutigkeit vorgestellt unter Rahmensetzung des zukünftigen Handelns, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Hinsichtlich der Interdependenzen zwischen den unterschiedlichen Sachverhalten, bedeutet es gleichzeitig, wenn wir dieses tun, müssen wir jenes lassen. Gleichzeitig begrenzen sie die tatsächlichen Handlungen hinsichtlich ihrer Möglichkeiten. Dies wird in korrigierter Form Bestandteil der Beratungen sein, wobei noch überhaupt keine Festlegungen getroffen worden, wie z. B. Frau Lohde es angedeutet hat. Es wird ein Verfahren beschlossen, das uns helfen kann, in Zukunft nachhaltigere und sinnvollere Entscheidungen für die Stadt zu treffen. Herr Dr. Neubert dankte der Verwaltung ganz ausdrücklich, dass wir diesen Schritt nach vorn gemacht haben.

Seitens des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, wurde festgestellt, dass das Ende der Rednerliste erreicht wurde und folgende Änderungsanträge vorliegen.

- Antrag von Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, die Beschlussvorlage in die Verwaltung zurück zu überweisen, sie zu profilieren und wieder in den politischen Raum zu geben;
- Ergänzungsantrag von Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke, die Vorlage nicht an einzelne, sondern an alle Ausschüsse zu verweisen.

Der **Ergänzungsantrag**, die Vorlage an alle Ausschüsse zu verweisen, wurde vom Einreicher **als Änderung übernommen**.

Der **Antrag von Herrn Prof. Schmidt** kam zur Abstimmung. Er wurde mehrheitlich (bei 16 Fürstimmen und keiner Enthaltung) **abgelehnt**.

Der Beschlussantrag - vom Einreicher dahingehend geändert, dass eine Verweisung des Prioritätenvorschlags **in alle Ausschüsse und Ortschaftsräte** erfolgt - kam zur Abstimmung.

Der Beschlussvorschlag wurde in geänderter Form mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 29:03:12

7.7 Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2011
Vorlage: DR/BV/009/2011/VI-60

Der Maßnahmen- und Finanzierungsplan für die Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Dessau-Nord wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

7.8 Veränderungssperre für den Teilbereich "Am Friedhof III" im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 216 "Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche" / Einstellung des Aufstellungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 215 "Am Friedhof III"
Vorlage: DR/BV/011/2011/VI-61

Der Beschlussvorschlag zur Veränderungssperre wurde einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

7.9 Abwägung der im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zur 1. Änderung des B-Plans Nr. 119-A "Verwaltungszentrum Junkersstraße, Teilgebiet A - Berufsschulzentrum und Verwaltung" eingegangenen Stellungnahmen
Vorlage: DR/BV/398/2010/VI-61

Der Abwägung wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

7.10 Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des B-Plans Nr. 119-A "Verwaltungszentrum Junkersstraße, Teilgebiet A - Berufsschulzentrum und Verwaltung"
Vorlage: DR/BV/399/2010/VI-61

Der Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des B-Plans Nr. 119-A wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

7.11 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 218 "Besucherzentrum am Bauhaus"
Vorlage: DR/BV/551/2010/VI-61

Es wurde vom Einreicher kein Einführungsbedarf signalisiert.

Zur Diskussion meldete sich **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Er verwies darauf, bereits im Bauausschuss angemahnt zu haben, dass es einen Beschluss des Stadtrates gibt. Nachdem dieser Beschluss bereits 4 Monate zurückliegt, ist der Stadtrat über den Fortgang des Antragsverfahrens für die Fördermittel und über den Businessplan, den das Bauhaus erarbeiten wollte, zu informieren. Dieser Businessplan sollte

Auskunft geben, was uns das Besucherzentrum kosten wird, was wiederum Grundlage eines Stadtratsbeschlusses sei. Nachdem er dies im Bauausschuss angesprochen habe, hatte Herr Otto erwartet, dass die Verwaltung heute in die Offensive geht und bei der Einführung einige Worte dazu sagt.

Weiterhin merkte **Herr Otto** an, dass er die Unabhängigkeit des Gutachters in Frage stelle. Dies wolle er nur an einem Punkt deutlich machen. Der Gutachter hat bei seiner Bewertung der einzelnen Standorte - es geht um den Standort Sieben Säulen und Impfstoffwerk - die Verflechtung zu den Meisterhäusern mit 10 Punkten für die Sieben Säulen und drei Punkten für das Impfstoffwerk bewertet. Die Verflechtung mit dem Kurt-Weill-Zentrum, welches in einem Meisterhaus ist, wurde mit 10 und 6 Punkten bewertet. Angesichts dieser Bewertungen könne Herr Otto das Gutachten als nicht objektiv einschätzen, was im Ausschuss auch von anderen Mitgliedern andeutungsweise so vorgebracht wurde.

Als weiteren Hinweis gab Herr Otto, dass das Landesamt für Denkmalpflege (Schreiben wurde von Herrn Otto verteilt) die Eckbebauung an den Sieben Säulen nochmals in diesem Jahr aus denkmalpflegerischen Gründen bewertet hat. Der hohe Denkmalwert wurde festgestellt und darauf verwiesen, dass es für solche Bauvorhaben auch genügend andere Flächen im Bereich Ziebigk gibt und man nicht unbedingt an diesen Punkt gehen muss. Das Landesamt für Denkmalpflege sagt auch, dass die Wirkung des Kreisels auf die beiden Weltkulturerbestätten noch gar nicht so richtig in den Köpfen angekommen sei. Wer ihn sich jetzt ansieht, könne erkennen, dass er schon sehr dominant ist und Pufferzone und Rücksichtnahme wenig Beachtung finden.

Im letzten Exemplar des Amtsblattes haben völlig unabhängig voneinander sowohl Herr Otto als auch er zu dem Projekt Stellung genommen, führte **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, aus. Feststellen konnte man, dass es zwei konträre, völlig unterschiedliche Auffassungen zum Thema sind. Es sind Auffassungen, bei denen er der Sachlogik sehr wohl folge und Herr Otto dies nicht tut. Zweitens habe man im Stadtrat Beschluslagen geschaffen, weil wir uns offensichtlich auf der Grundlage der vorliegenden Informationen zu Entscheidungen haben bewegen lassen, die Herr Otto bezüglich der Gutachten in Frage stellt. Dies halte Herr Dr. Neubert für nicht richtig und er lasse sich nicht vorschreiben, welche Urteilsschritte er in Abwägung von Sachverhalten treffen werde. Dr. Neubert stehe zu dem, was er in dem Artikel im Amtsblatt geschrieben habe. Er bitte aber darum, dass in diesem Hause respektiert wird, dass wir Beschluslagen haben, die wir in großer Einmütigkeit brauchen, um die Verfahren nach außen vertreten zu können und um die Fördermittel auch zu generieren. Jeder, der das immer wieder in Frage stellt, schwäche das Anliegen, dessen Umsetzung für die Stadt wirklich essentiell ist.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, es eine den Stadtrat die Auffassung, dieses Besucherzentrum zu brauchen. Was spalte, sei der Standort. Heute soll über die Aufstellung eines Bebauungsplanes an dem strittigen Standort entschieden werden, mit der unweigerlich Kosten verbunden sind. Es sei legitim, auf die Risiken, die in einem solchen Vorantreiben und Aufwenden von Mitteln für diesem Standort bestehen, hinzuweisen. Dies gehöre zur Entscheidungsfindung. Herr Otto habe nichts anderes mit dem Artikel im Amtsblatt getan. Die Stellungnahme der Landeskonservatorin, die Herr Otto zur Verfügung gestellt hat, weist zwei wesentliche Punkte auf. 1. ist seitens der Verwaltung bis heute mit dem Landesamt für Denkmalschutz nicht geklärt, ob

dieses Gebäude „Buchhandlung Neubert“ überhaupt abgerissen werden kann. Darüber hinaus hat 2. die Landeskonservatorin für dieses Objekt den hohen denkmalschützerischen Wert im Jahr 2010 erst wieder festgestellt. Das hat die Folge, dass ein Abriss dieses Gebäudes, erst recht, wenn es dafür einen Kaufantrag gibt mit Sanierungsinteresse, nicht in Betracht kommt.

Hier werde also eine Planung vorangetrieben, betonte **Herr Bönecke**, die insoweit auf tönernen Füßen steht, weil der wesentliche Faktor, nämlich die Freimachung des Baufeldes durch Abriss des denkmalgeschützten Gebäudes überhaupt nicht geklärt ist. Dafür soll in diesem Hause ernsthaft ein Auftrag erteilt, Mittel eingesetzt werden. Dies müsse man sich angesichts der jetzigen Haushaltslage vor Augen führen. Es geht nicht um die Frage, wir wollen das Besucherzentrum oder wir wollen es nicht. Wir wollen es. Dafür stehe auch die Fraktion Pro Dessau-Roßlau, aber man habe Probleme vor dem Hintergrund dieses Standortes, die wir versuchten nochmals deutlich zu machen.

Herr Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, wies darauf hin, dass ein Bebauungsplanverfahren schrittweise erfolgt. Nach dem Aufstellungsbeschluss werde es einen Vorentwurf geben, wozu es eine frühzeitige Bürgerbeteiligung gibt. Hier werden auch die entsprechenden Gutachten, Lärmschutz, Stellplätze usw. vorliegen. Er gebe also den Appell an die Verwaltung, die Planung schrittweise entsprechend der Leistungsphasen zu beauftragen. So könne, wenn man zu der Erkenntnis kommt, dass der Standort nicht geeignet ist, der Prozess auch gestoppt werden. Insofern sei er dafür, heute den Aufstellungsbeschluss zu fassen.

Allerdings bewege ihn eine Grundstücksfrage, die er bereits im nichtöffentlichen Teil im Bauausschuss gestellt hatte. **Prof. Schmidt** habe die Absicht, diese heute ebenfalls zu stellen und **bat** den Vorsitzenden des Stadtrates, **Nichtöffentlichkeit herzustellen**.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates stellte Nichtöffentlichkeit her. (*Text der weiteren Diskussion siehe Pkt. 7.11.1*)

In Fortsetzung der öffentlichen Debatte zum Tagesordnungspunkt erhielt **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, das Wort. Er erinnerte daran, bisher schon immer sehr intensiv um den Erhalt historischer Bausubstanz gekämpft zu haben. Als Beispiele, dass historische Bauten abgerissen wurden, führte er das Kesselhaus der ehem. Schadebrauerei und den „Goldenen Stern“ in der Ferd.-von-Schill-Straße an.

Heute müsse man aber konstatieren, dass wir hier ein anderes öffentliches Interesse haben, was auch in dem Schreiben von Frau Wendland steht, dass nicht geprüft wurde das überwiegende öffentliche Interesse. Hier habe man nun fast erstmalig den Fall, dass wir ein überwiegendes öffentliches Interesse haben und nun müsse abgewogen werden. Die Entscheidung werde letztendlich auch vom Landesverwaltungsamt getroffen werden. Herr Busch sei der Meinung, dass der Standort der richtige ist und plädiere heute für die Beschlussfassung.

Herr Weber, CDU-Fraktion, unterstrich, dass es hier um die Ergänzung unserer Angebote im Rahmen des Weltkulturerbes geht. Man habe oft genug erlebt, dass die Landeskultur- und Denkmalpfleger uns Dinge weggenommen haben. Ergänzend dazu merkte Herr Weber an, dass Herr Rumpf und er zum Zeitpunkt, als der Beschluss gefasst wurde, sehr vehement darauf hingewiesen haben, dass der Standort aus ihrer Sicht eigentlich falsch ist. Der Stadtrat hat sich sehr bewusst in der Debatte verhalten

und für diesen Standort gestimmt. Es waren auch sehr ausdrückliche Hinweise auf die Denkmalschutzfrage, auf die Bedeutung der Buchhandlung Neubert erfolgt. In der Vergangenheit wurden sehr viele Stadtratsbeschlüsse wieder gekippt und Herr Dr. Neubert habe völlig Recht, wenn er sagt, so können wir nicht weitermachen.

Heute gehe es um den B-Plan, merkte **Herr Beigeordneter Hantusch** an und fügte hinzu, es sei sehr schwierig, überhaupt ein Besucher- und Ausstellungszentrum nach Dessau zu bekommen. Wir müssen nach außen hin dokumentieren, dass die Stadt dahinter steht. Ein Außenstehender, und dazu gehören die Ministerien, die mitzureden haben, vernehmen nur, dass in Dessau-Roßlau immer wieder diskutiert wird. Was nütze es, wenn man am Schluss einen optimalen Standort hat, aber die Förderung nicht erhält. Deshalb seien die Ausführungen von Herrn Dr. Neubert und Herrn Weber richtig, Geschlossenheit ist das Erfolgskonzept für das Bauhaus.

Zum derzeitigen Stand informierte **Herr Hantusch**, es wurden die Absprachen mit dem Landesverwaltungsamt getroffen, ein Gesprächstermin mit Minister Dr. Haseloff ist anberaumt und wir haben einen Teil der Finanzierung voraus. schon über 5 Mio. € aus UNESCO. Das Bauvorhaben wird etwa 14,9 Mio. € kosten, so dass wir noch ca. 9 Mio. € brauchen. Jedoch seien diese 9 Mio. schwierig zu beschaffen, da müssen wir uns sehr bemühen und sehr kreativ sein. Unterstützung könne mit Geschlossenheit gewährt werden, nur so bekomme man es hin.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 30:04:09

Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes 7.11 wurde die öffentliche Sitzung des Stadtrates beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10. Schließung der Sitzung

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, schloss die Sitzung des Stadtrates.

Dessau-Roßlau, 14.04.11

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender des Stadtrates

E. Baumer
Schriftführerin